

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/172

8. September 1976

Innere Sicherheit groß geschrieben

SPD/FDP-Leistungen gegen CDU/CSU-Versäumnisse

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion und Vorsitzender
des Innenausschusses des Bundestages

Seite 1, 2 und 3 / 110 Zeilen

CDU-Kommunalpolitik nur Wahlkampf-Leim

Dr. Kohl soll erst seinen Verfassungsauftrag erfüllen

Von Jockel Fuchs
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz und Vor-
sitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für
Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz

Seite 4 und 5 / 61 Zeilen

Die Wahlkampfkampagne des Meisterdemagogen

Strauß hetzt nach dem Sonthofener Agitationsmodell

Seite 6 und 7 / 61 Zeilen

Der Politskandal von Bocholt

Die Junge Union wühlt im Wahlkampfdreck

Seite 8 / 27 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 9-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 02 00 97 - 30
Telefax: 02 06 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 88 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Innere Sicherheit groß geschrieben

SPD/FDP-Leistungen gegen CDU/CSU-Versäumnisse

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion und Vorsitzender des
Innenausschusses des Bundestages

Als SPD und FDP 1969 die Regierungsverantwortung im Bund übernahmen, fanden sie die Sicherheitsorgane des Staates in einem desolaten Zustand vor. Die Effektivität der Arbeit der Polizei litt darunter, daß Organisation, Ausrüstung und Ausbildung in jedem Bundesland verschieden waren; das Bundeskriminalamt war nicht in der Lage, die ihm obliegende Aufgabe zu erfüllen; für den Bundesgrenzschutz war ein neuer Auftrag noch nicht definiert. Hinzu kam, daß es die CDU/CSU-geführten Bundesregierungen 20 Jahre lang versäumt hatten, den Auftrag der Sicherheitsorgane in der Bundesrepublik politisch neu zu formulieren. So nimmt es kaum Wunder, daß sich die Sicherheitsorgane in der Auseinandersetzung mit der studentischen Protestbewegung von den Politikern alleingelassen fühlten. In der öffentlichen Meinung dieser Jahre fanden sich die Polizeibeamten nur zu oft als "Büttel" des Obrigkeitsstaates wieder, ein Verständnis von Polizei, das endgültig der Vergangenheit angehören muß.

Es gehört zu den Verdiensten der Gewerkschaften, in denen Polizeibeamte organisiert sind, daß sie zu dieser Zeit bereits eine Standortbestimmung der Polizei im demokratischen und sozialen Rechtsstaat des Grundgesetzes gaben. Nur so kann erklärt werden, daß die Polizeibeamten in jenen Jahren ihre schwere Aufgabe trotz Versagens der politischen Führung der CDU-geführten Bundesregierungen so gut erfüllt haben.

Die sozialliberale Koalition hat seit 1969 konsequent daran gearbeitet, um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Politik der inneren Sicherheit zu schaffen. SPD und FDP haben klargestellt, daß Demokratie und innere Sicherheit keine Gegensätze sind, sondern einander bedingen. Für Sozialdemokraten sind Sicherheit und Ordnung kein Selbstzweck, sondern Qualität des Lebens in unserer Gesellschaft. Der einzelne Bürger kann nämlich von seinen geistigen und politischen Freiheiten nur dann Gebrauch machen und seine Persönlichkeit voll entfalten, wenn der Staat ihn vor Handlungen Dritter schützt, die ihm und damit der Gesellschaft insgesamt schaden. Interessengegensätze müssen in einer Atmosphäre sozialen Friedens ausgetragen werden.

SPD und FDP haben immer wieder deutlich gemacht, daß es in einem Rechtsstaat keinen absoluten Schutz vor kriminellen Handlungen geben kann; auch in Staaten mit Militär- und Polizeidiktaturen unserer Zeit

kann dies nicht gewährleistet werden. SPD und FDP sind aber stets dafür eingetreten, daß die rechtstaatlichen Möglichkeiten unserer Verfassung voll ausgeschöpft werden. Eine Rechtsordnung, in der der Straftäter seine Verurteilung durch Prozeßsabotage hintertreiben kann, steht nicht im Dienste der Unschuldsvermutung zugunsten des Bürgers, sondern läuft Gefahr, ihren Geltungsanspruch gegenüber jedermann zu verlieren. In diesem Sinne wurden die Rechte von Angeklagten und Verteidigern in der Strafprozeßordnung neu geregelt.

Die sozialliberale Bundesregierung hatte 1969 unverzüglich mit der Erarbeitung eines einheitlichen sicherheitspolitischen Konzeptes begonnen. Da die Verantwortung für die innere Sicherheit zwischen Bund und Ländern geteilt ist, hat die Bundesregierung ihre politische Führungsaufgabe in der Ständigen Konferenz der Innenminister wahrgenommen, die dann 1972 und 1974 das Programm für die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen hat. Dieses Programm enthält ein Konzept zur Vereinheitlichung der Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Sicherheitsorgane. Es ermöglicht, gegen Wirtschafts-, Jugend- und Rauschgiftkriminalität wirksamer vorzugehen und den Terrorismus gezielt zu bekämpfen.

Die Veränderungen in den Sicherheitsorganen haben den Beamten ein hohes Maß an Einsatz- und Lernbereitschaft abverlangt. Ohne dieses hohe Maß an Einsatz- und Lernbereitschaft der Beamten wäre es nicht möglich gewesen, die Zielsetzungen des Programms so schnell in die Wirklichkeit umzusetzen. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung. Die Beamten haben sich mit großem Elan die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung und der modernen Kriminaltechnik zunutze gemacht. Sie sind zunehmend sicherer geworden in der Abwägung zwischen dem Interesse der Allgemeinheit an einer wirksamen Verbrechensbekämpfung und dem Interesse des einzelnen Bürgers an der Wahrung seiner Grundrechte.

Aufgabe der Rechtspolitik in diesem Konzept ist es, die rechtlichen Voraussetzungen für das Handeln der Polizei klarer zu definieren. Damit wird die Berufsausübung des Polizeibeamten auf sichere Grundlagen gestellt und die politische Handlungsfreiheit des Bürgers deutlich umrissen. Das 1970 reformierte Demonstrationsstrefrecht hat diese Aufgabe eindeutig erfüllt: Seither hat es bei Demonstrationen Zusammenstöße nur noch mit unbelehrbaren Außenseitern gegeben.

Rechtspolitik hat daneben die Aufgabe zu prüfen, ob das Strafrecht alle sozial schädlichen Handlungswesen erfaßt. Bis 1969 hatte die CDU

nicht die Kraft, die Wirtschaftskriminalität eindeutig als kriminelles Unrecht zu qualifizieren. Es war hohe Zeit, daß jetzt endlich einige der besonders sozial schädlichen Handlungsweisen der Wirtschaftstraftäter rechtlich als das angesehen werden, was sie sind: kriminelles Unrecht. Es war auch richtig, rechtswidrige Umweltschädigungen aus dem Bereich der Ordnungswidrigkeiten herauszunehmen und als kriminelles Unrecht zu ahnden, weil die Allgemeinheit schwerwiegenden Schädigungen ihrer Lebensgrundlagen nicht tatenlos zusehen darf. Strafdrohungen müssen aber auch dort zurückgenommen werden, wo der Staat unzulässigerweise in die Rolle des Vormunds seiner Bürger hineingewachsen ist, wie beim Sexualstrafrecht.

Erfolge für die innere Sicherheit können aber nicht erreicht werden, wenn sich die Politik auf Maßnahmen der Verbrechensbekämpfung beschränkt. Wer Verbrechen bekämpfen will, muß sich auch mit den Ursachen kriminellen Verhaltens auseinandersetzen. Die beste Kriminalpolitik ist im Kern Politik der Verbrechensverhütung und damit Gesellschaftspolitik. Die Bewältigung der Rückfallkriminalität bedarf energischer Maßnahmen, um die Straftäter nach Verbüßung der Strafe in die Gesellschaft einzugliedern. Es war gut, daß das Parlament sich endlich dem Problem Strafvollzug gestellt hat. Mit dem Strafvollzugsgezet wurde die Grundlage für die erfolgreiche Eingliederung der Straftäter und damit für die Verhinderung weiterer Straftaten geschaffen.

Eine Politik der inneren Sicherheit, die im Interesse der Bürger zu Erfolgen führt, bedarf der Ergänzung durch die Gesellschaftspolitik. SPD und FDP haben durch ihre Politik ständiger innerer Reformen erreicht, daß die Bürger in unserem Land diese freiheitlichste staatliche Ordnung in der deutschen Geschichte überzeugt mittragen. Anders als vor 1969 haben extremistische Parteien heute keine Chance mehr; den Terroristen ist es nicht gelungen, diesen Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern.

Die in den Sicherheitsbehörden tätigen Mitarbeiter versehen ihren Dienst zum Wohle unserer gesamten Gesellschaft. Sie erfüllen ihre Pflicht unter schweren persönlichen Belastungen und Gefährdungen und haben deshalb einen Anspruch auf die Unterstützung durch die Bürger. SPD und FDP haben durch ihre entschlossene Politik für mehr innere Sicherheit gesorgt. Sie haben gleichzeitig den Rechtsstaat ausgebaut und damit die Scharfmacher widerlegt. Das Erreichte ist auszubauen im Vertrauen darauf, daß die Bediensteten der Sicherheitsorgane wie bisher ihre ganze Kraft einsetzen, um die Bürger unseres Landes vor Straftaten zu schützen.

(-/6.9.1976/va/pr)

+ + +

CDU-Kommunalpolitik nur Wahlkampf-Leim

Dr. Kohl soll erst seinen Verfassungsauftrag erfüllen

Von Jockel Fuchs

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz

Es ist an sich nicht negativ zu bewerten, daß sich auch die CDU anläßlich der Bundestagswahl kommunalpolitisch erinnert und sogar ein Aktionsprogramm vorlegt. Wenn aber der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl und seine Freunde eine bessere Finanzausstattung fordern, so müssen sie daran gemessen werden, wie es in der aktuellen Wirklichkeit unseres Landes Rheinland-Pfalz aussieht. Neben der Bestandsgarantie in Artikel 28 des Grundgesetzes gibt es nämlich den Artikel 49 der Landesverfassung Rheinland-Pfalz, dem die Mainzer Landesregierung noch nie voll nachgekommen ist. Und zur Überwindung der Schwierigkeiten in Kohls Landeshaushalt waren die Gemeinden sogar als "Sanierungsoffer" ausersehen. In Art. 49 der Landesverfassung Rheinland-Pfalz heißt es z.B.: "Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleiches zu sichern. Er stellt ihnen für die freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung." Die CDU und Kohl brauchen also, zumindest für Rheinland-Pfalz, kein neues Programm, sondern sollten endlich den Verfassungsauftrag erfüllen.

Dr. Kohls Praxis in Rheinland-Pfalz war eine andere: 1/ Statt die Verbundmasse auf der Höhe von 21 vH zu halten, haben CDU-Landtagemehrheit und CDU-Regierung in Rheinland-Pfalz eine Senkung auf 20 vH vorgenommen; 2/ statt den Kommunen den vollen Kostenersatz für staatliche Auftragsangelegenheiten zu geben, sind Milliarden-Defizite zu verzeichnen; 3/ statt bei der Erweiterung der Pflichtaufgaben auch die hierfür notwendigen finanziellen Mittel bereit zu stellen, treibt sie die Gemeinden in Verfassungskonflikte, wie die Verfassungstreitverfahren der Stadt Ludwigshafen gegen das Land Rheinland-Pfalz gegen das Sportförderungsgesetz und wegen des Krankenhausgesetzes zeigten; 4/ statt bei den Landesgesetzen den Kommunen die für den Gesetzesvollzug entsprechenden neuen Kosten zu ersetzen, melden die Gemeinden Millio-

nen-Defizite an, beispielsweise beim Landespflegegeldgesetz, beim Kindergarten-, Weiterbildungs- und Sportförderungs-gesetz.

Es ist interessant, daß die CDU nunmehr eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den gesetzgebenden Körperschaften und kommunalen Spitzenverbänden bei Vorbereitung und Durchführung von Bundesgesetzen und -plänen, die für die Gemeinden Bedeutung haben, fordert. In Rheinland-Pfalz, wo die CDU seit 30 Jahren Regierungsverantwortung trägt, konnte sich die CDU bisher noch nicht einmal durchbringen, den kommunalen Spitzenverbänden in allen Angelegenheiten, die die Gemeinden betreffen, bei den Landtagsausschüssen ein Anhörungsrecht einzuräumen. Die CDU blockiert seit einem halben Jahr die Gesetzesinitiative der SPD-Fraktion, und den Vorschlag, einen "Kommunalen Rat" einzuführen, hat sie schon in der vorigen Wahlperiode abgelehnt. Rheinland-Pfalz hat den zweifelhaften Ruhm, den größten Teil der Gesetze auf Kosten der Gemeinden eingeführt zu haben. Daraus ist im wesentlichen die Schuldenlast der Gemeinden zu begründen. Selbstverwaltung ist aber nur möglich, wenn die gewählten Repräsentanten der Bürgerschaft eine finanzielle freie Disposition haben.

Natürlich wollen auch sozialdemokratische Kommunalpolitiker eine schrittweise Verbesserung des Anteiles an der Einkommensteuer. Dies würde aber in Rheinland-Pfalz den Städten, Gemeinden und Kreisen überhaupt nichts nützen, wenn gleichzeitig möglicherweise wiederum der Verbundsatz recuziert würde. Nachdem die Schicksalsgemeinschaft zwischen Land und Kommunen durch die Verhaltensweise der CDU und der Landesregierung sowie der CDU-Mehrheitsfraktion leichtfertig aufgekündigt wurde, ist in Rheinland-Pfalz Mißtrauen am Platz; und die Kommunalpolitiker in anderen Bundesländern tun gut daran, sich zu erinnern, daß die gemeinde- und damit bürgerfeindliche Politik der Landesregierung Dr. Kohls genau so hart von den Vorsitzenden der drei kommunalen Spitzenverbände kritisiert wurde, die z.Zt. ausnahmslos Mitglied der CDU sind.

Die Auffassung, daß es sich bei dem kommunalpolitischen Aktionsprogramm der CDU nur um "Wahlkampfleim" der Marke Kohl-Biedenkopf handelt, dürften daher nicht nur sozial- und freidemokratische Kommunalpolitiker teilen, sondern auch Rathauskollegen der CDU und CSU. (-/8.9.1976/va/pr)

Die Wahlkampagne des Meisterdemagogen

Strauß hetzt nach dem Sonthofener Agitationsmodell

Der CSU-Vorsitzende hat den Wahlauftritt seiner Partei zur Bundestagswahl verkündet. Dieser Aufruf enthält nichts Neues, er setzt vielmehr konsequent die Linie fort, die er am 19. November 1974 in Sonthofen verkündet hatte. Dieses berühmte Strategiekonzept hat damals zwar viel Aufsehen erregt, aber erst der Verlauf der Strauß'schen Wahlkampagne zeigt, wie ernst es der CSU-Vorsitzende damals gemeint hat. Heute liest sich diese Sonthofener Rede wie eine Vorausbeschreibung des von Strauß geführten Wahlkampfes. Strauß prägte in Sonthofen seinen CSU-Funktionären ein, daß nicht die vielen nüchternen Fragen der Landespolitik die Wahlergebnisse von morgen ausmachen - die Rede wurde kurz nach den bayerischen Landtagswahlen gehalten -, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar durch die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer als auch außenpolitischer Art".

Auch der den geistigen Bürgerkrieg schürenden Slogan "Freiheit oder Sozialismus" wurde in Sonthofen vorbereitet. Strauß verband damit folgende Absicht: "Da muß man die anderen immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Freiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren, daß also ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft. Daß es bei den anderen eine ganze Menge von Leuten gibt, die das nicht wollen, soll uns nicht daran hindern, unter einem Übermaß an Objektivität zu leiden." Auch die Weigerung, Alternativen vorzuschlagen oder konkret zu Sachproblemen Stellung zu nehmen, ist in Sonthofen programmiert worden. Strauß sagte dazu: "Zur Taktik jetzt: Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte nennen."

Im ersten Schock nach der damaligen Veröffentlichung dieser Rede hatte die CSU noch von "Nachrichtenschwindel" und "Rufmord" gesprochen. Später ist die Rede jedoch von der CSU und von Strauß bestätigt worden. So schrieb der "Bayernkurier" am 5. September 1975 im Hinblick auf Sonthofen, Strauß habe damit wieder einmal recht gehabt und recht behalten.

Am 3. März 1976 sagte schließlich Strauß in Passau selbst: "Was hat denn nicht an dem gestimmt, was ich in Passau oder Sonthofen gesagt habe?"

Häufig wird verkannt, daß Strauß an seine politischen Grundsätze und an seine Strategie tatsächlich glaubt. Es fehlt ihm völlig an Kontrollmechanismen. Er umgibt sich ausschließlich mit Mitarbeitern, die devot zu ihm aufblicken. Die Teilnehmer seiner gut organisierten Kundgebungen setzen sich in der Regel aus den aus dem weiten Umkreis herbeigeholten Stammhängern zusammen. Strauß wiederum findet sich durch die Zustimmung dieser seiner Anhänger bestätigt. Höhepunkte dieser gegenseitigen Selbstbestätigung war der sogenannte Wahlkongreß der CSU in der Münchner Olympiahalle gewesen. Zutritt hatten fast ausschließlich CSU-Mitglieder, die mit zahlreichen Omnibussen und Sonderzügen aus ganz Bayern angereist waren. Wer keine Eintrittskarte hatte, kam nicht durch die Sperre.

Strauß wich vor keinem Mittel der Diffamierung zurück. Von falschen und sinnentstellten Zitaten bis zum Vorwurf an die Bundesregierung, sie nehme fremde Interessen wahr und leiste verkappte Reparationen, reicht die Skala seiner Hetzkampagne. Selbst dort, wo Strauß eine seiner Thesen von Sonthofen aufgeben muß, weil sich die Wirklichkeit anders entwickelt hat, als er gemeint und gehofft hatte, versucht er mit einem unglaublichen Zynismus die Kurve zu kriegen. Im November 1974 rechnete Strauß mit einer großen Krise. Dazu impfte er seinen Mitstreitern folgendes ein: "Wir können unsere Warnungen und unser Nein nur pauschal aussprechen, denn die Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, auf einem psychologisch besseren Boden beginnen kann als noch heute." Da es auch Strauß nicht mehr leugnen kann, wie gut die Bundesrepublik im Verhältnis zu vergleichbaren Ländern dasteht, schaltet er um. In der Münchner Olympiahalle sagte er z.B., in der Bundesrepublik gehe es uns nicht wegen, sondern trotz der sozialliberalen Bundesregierung gut. Im Übrigen fehlte zu dieser Sportpalast-Atmosphäre nur noch das Heil-Schreien.

Emil Werner
(-/8.9.1976/va/pr)

+ + +

Der Politikendel von Bocholt

Die Junge Union wühlt im Wahlkampfdeck

Demit diese politische Zoterel nicht im Wahlkampfgetöse untergeht: In Bocholt wurde der SPD-Vorsitzende von der Jungen Union mit einem großen Brandt-Konterfei mit der Schlagzeile "Hinter mir steht das anständige Deutschland" empfangen. Auf den folgenden Plakaten mit der schwarz-rot-goldenen SPD-Welle waren u.a. die Namen zu lesen: "Guillaume" - und "Wehner".

Der "elder statesman" der SPD, Fraktionsvorsitzender Herbert Wehner, hat es - ebenso wie Willy Brandt - gewiß nicht nötig, daß er hier in Schutz genommen und verteidigt wird. Aber man muß doch fragen, wer in der CDU denn die Verantwortung für diese schmutzige Art von Agitation gegen die SPD und ihre Politiker übernimmt? Wer in dieser Christlichen Demokratischen Union will es verantworten, daß ein aufrechter und kämpferischer Demokrat wie Herbert Wehner von verhetzten Jugendlichen in den Wahlkampfdeck gezogen werden darf? Oder muß man gar etwa schon fragen, welchem Politiker und Funktionär der CDU in Bocholt, im Ruhrgebiet und in der Bonner Zentrale überhaupt noch die Schamröte ins Gesicht steigt, wenn er hört, wie schändlich sich die Jungmannen der Union in einem Wahlkampf aufführen, den ihr Kanzlerkandidat und seine Schattencrew angeblich für die Freiheit führen, die doch wohl auch die Freiheit des anderen ist? Oder gilt das für Sozialdemokraten nicht mehr?

Der 70jährige Herbert Wehner hat mehr für unseren freien und demokratischen Rechts- und Sozialstaat getan und geleistet, als das die Junge Union insgesamt tun könnte - diese Junge Union jedenfalls, die durch ihre Mitglieder in Bocholt repräsentiert wird. Und solange sich die Junge Union und die CDU nicht für diesen üblen Politikendel entschuldigen, solange bleibt der Dreck von Bocholt an ihnen allen hängen.

Erhardt Eckert
(-/8.9.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller